Botschaft

des

Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung, betreffend
Neuprägung von schweizerischen Zwanzig-, Zehn- und
Fünfrappenstücken.

(Vom 23. November 1877.)

Tit. I

In der Sommersession von 1875 erließ die hohe Bundesversammlung bei Anlaß der Berathung des bundesrätlichen Geschäftsberichtes die Einladung an den Bundesrath :

„Der Bundesrath wird eingeladen, die Frage zu prüfen
„und Bericht zu erstatten, ob nicht der Fabrikation falscher
„Zwanzigrappenstücke durch rasche Einziehung und Demo-
„netisirung dieser Stücke ein Ende zu machen sei.“

Bereits im darauf folgenden Monat entledigte sich der Bundesrath des erhaltenen Auftrages durch seinen Bericht über diesen Gegenstand, worin der h. Bundesversammlung mitgetheilt wurde, daß die Gründe der häufig vorkommenden Fälschungen in genannter Münzsorte hauptsächlich in der Legirung des Metalles gesucht werden müssen, da dieselbe so hart sei, daß damit Originalstempel abgedruckt werden können, was natürlich der Nachahmung bedeutenden Vorschub leiste. Wiewohl für die Nikelmünzen in neuerer Zeit eine viel zweckmäßigere Metallzusammensetzung vorbereitet worden sei, so erachte es gleichwohl der Bundesrath nicht für angezeigt, das durch angeführtes Postulat angeregte Verfahren sofort in Vor-

schlag zu bringen, sondern er sei vielmehr der Ansicht, vorläufig den Versuch zu machen, die Zwanzigrappenstücke durch vermehrte Prägung von Halbfranken- und Zehnrappenstücken successive zu ersetzen, auf das Beispiel unserer Nachbarstaaten Frankreich und Italien verweisend, wo der Kleinverkehr fast ohne die hier in Frage stehende Zwischenmünze vermittelt werde, da dort nur aus Silber geprägte Zwanzigrappenstücke bestehen, die aber mit bloß 5 0/0, also in einem verschwindend kleinen Verhältnisse, in den Scheidemünzen repräsentirt sich finden.

In der so versuchsweise vorgeschlagenen Demonetisirung der Zwanzigrappenstücke erblickte der Bundesrath nicht nur ein wirksames Mittel gegen eine in bedenklichem Maße zu Tage tretende Münzfälschung, sondern auch noch den weitern Vortheil, das $\frac{150}{1000}$ fein Silber enthaltende Metall unserer Zwanzigrappenstücke in verlustloser Weise zur Ausmünzung von Zehn- und Fünfrappenstücken, welche nur $\frac{100}{1000}$, beziehungsweise $\frac{50}{1000}$, feinhaltig sind, verwenden zu können.

Der Bundesrath schloß seine bezügliche, vom 25. August 1875 datirte Botschaft mit dem Gesuche um Ermächtigung zur Einziehung der Zwanzigrappenstücke in einer von ihm näher zu bestimmenden Frist und um sofortige Nachprägung von 1 Million Halbfranken- und 1 Million Zehnrappenstücken.

Die zur Begutachtung dieses Gegenstandes niedergesetzte nationalrätliche Kommission befürwortete in ihrem Berichte vom 10. September 1875 ebenfalls die Zurückziehung der Zwanzigrappenstücke, sowie die beantragte Anfertigung von Ersatzstücken. Was hingegen die Demonetisirung der erstern anbelangt, so wurde deren Zulässigkeit von der Kommission nach zwei Richtungen bestritten; einerseits erblickte sie in der Aufrechthaltung der mehrgenannten Münzsorte ein dem schweizerischen Geldverkehr unentbehrliches Hilfsmittel, und andererseits wurde geltend gemacht, das vom Bundesrathe in Sachen beantragte Vorgehen möchte mit dem Münzgesetze vom 7. Mai 1850 nicht ganz im Einklange stehen.

Die Kommission schloß daher ihre Berichterstattung in Bezug auf die Demonetisirung mit dem von der Bundesversammlung zum Beschluß erhobenen Antrage:

- a. daß in dem Beschlußentwurf über die Fristen und weitern Modalitäten bestimmtere Angaben gemacht werden;
- b. daß zugleich mit der Vorlage über Rückziehung der Zwanzigrappenstücke Vorschläge zur Ersetzung des Münzstückes mit einem solchen von gleichem Werthe gemacht werden.

Für den Bundesrath lag in dieser Schlußnahme die bestimmte Wegleitung zur Umprägung der Zwanzigrappenstücke. Mit Botschaft vom 30. November 1875 wurde der Bundesversammlung mitgetheilt, daß an Stelle der bisherigen, theils zu harten, theils zu kupferigen Legirungen eine neue, für die Zehn- und Fünfrappenstücke erprobte und bereits angewandte Zusammensetzung treten solle, nämlich:

150 ‰ Silber (im Münzgesetz vom 7. Mai 1850 vorgeschrieben),
 650 ‰ Kupfer,
 100 ‰ Nickel,
 100 ‰ Zink,

1000

eine Metallmischung, welche auch von Fachkennern geprüft und als zweckmäßig anerkannt worden sei. Im Fernern schlug der Bundesrath, um der Nachahmung dieser Münzsorte entgegenzutreten, die Wahl eines neuen Aversstempels mit einem veränderten, von dem bisherigen leicht zu unterscheidenden Wappengepräge vor.

Was die weitem Modalitäten anbelangt, so waren sie in dem der vorerwähnten Botschaft angefügten Entwurf zu einem Bundesbeschluß niedergelegt; die Einziehung, welcher eine Prägung von Halbfranken-, Fünf- und Zehnrapenstücken vorausgehen sollte, hätte nur successive, mit der Umprägung Schritt haltend und folglich jede Verkehrsstörung möglichst vermeidend, vor sich gehen sollen.

Die Bundesversammlung beschloß indessen am 23. Dezember 1875, auch diese zweite Vorlage zu nochmaliger Prüfung und Berichterstattung an den Bundesrath zurückzuweisen.

Den vorausgehenden Botschaften über diesen Gegenstand hat der Bundesrath wenig mehr beizufügen. Hervorzuheben ist die Thatsache, daß die Fabrikate der Münzfälschung, deren Quelle bis jetzt unentdeckt geblieben ist, noch fortwährend der Staatskasse zufließen, indem das angehäuften Quantum seit Ende 1875 von 60,000 auf 69,000 Stücke angestiegen ist. Der Bundesrath kann auch für die Zukunft sich nicht verhehlen, daß nach seiner Meinung selbst eine zweckmäßigere Legirung und ein vervollkommneter Stempel kaum hinreichen dürften, das lohnende Gewerbe der Anfertigung falscher Zwanzigrappenstücke auf die Dauer ganz zu unterdrücken. Gegenüber der von der h. Bundesversammlung in der Sache erteilten Weisung kann es sich jedoch für den Bundesrath nur darum handeln, derselben die Vollziehung vorzubereiten.

Da die Prägungen von Silberscheidemünzen nunmehr so weit vorgerückt sind, daß dieselben bis Ende 1879 als nahezu beendet

betrachtet werden können, so kann die Münzstätte von dem angegebenen Zeitpunkte hinweg ihre Thätigkeit der Umprägung der Zwanzigrappenstücke zuwenden, was eine geraume Zeit um so mehr in Anspruch nehmen wird, als der Bundesrath nicht bei den Zwanzigrappenstücken stehen bleiben, sondern die Umarbeitung gleichzeitig auch auf die aus der Zeit der Münzreform von 1850 herrührenden Fünf- und Zehnrappenstücke ausdehnen möchte, welche zur Zeit größtentheils bis zur Unkenntlichkeit abgeschliffen und abgenutzt sind.

Die gleichzeitig in Angriff zu nehmende successive Umprägung aller drei Billonsorten ist, wie schon bemerkt, nicht nur eine Nothwendigkeit, sondern sie bietet auch noch den nicht zu unterschätzenden Vortheil, das aus der Einschmelzung der Zwanzigrappenstücke frei werdende Metall sofort zur Anfertigung von Fünf- und Zehnrappenstücken verwenden zu können. Es ist nicht denkbar, daß von daher große, erheblichen Verlust bringende Metallreste übrig bleiben werden, da erfahrungsgemäß von den genannten beiden kleinen Münzsorten bei weitem nicht die ursprüngliche Zahl zurückkehren wird und nebstdem gegenwärtig ein namhaft größeres Quantum zur Zirkulationsvermittlung erforderlich ist.

Auf mehrere Jahre vertheilt, wird sich das Umprägungsgeschäft, über dessen finanzielle Tragweite nicht jetzt schon nähere Angaben gemacht werden können, ohne fühlbare Verkehrsstörung durchführen lassen.

Was die Legirung der neuen Stücke anbelangt, so ist dieselbe, mit Ausnahme des Silbergehaltes, der Festsetzung des Bundesrathes anheimgestellt.

Nach dem Münzgesetz vom 7. Mai 1850 enthält das Zwanzigrappenstück $\frac{150}{1000}$, das Zehnrappenstück $\frac{100}{1000}$ und das Fünfrappenstück $\frac{50}{1000}$ Silber. Aus Gründen, die in der bundesrathlichen Botschaft vom 30. November 1875 des Nähern auseinander-gesetzt sind, erscheint es zur Zeit nicht als rathsam, in dieser Beziehung eine Aenderung vorzuschlagen. Die neuen Billonsorten werden demnach zusammengesetzt sein wie folgt:

5-Rappen.	10-Rappen.	20-Rappen.
50 Silber,	100 Silber,	150 Silber,
650 Kupfer,	650 Kupfer,	650 Kupfer,
100 Nickel,	100 Nickel,	100 Nickel,
200 Zink,	150 Zink,	100 Zink,
<hr/>	<hr/>	<hr/>
1000	1000	1000

Diese Legirung hat sich bei den Fünf- und Zehnrappenstücken bewährt. Für die Zwanzigrappenstücke wird überdies ein vervollkommener und die neuen von den alten Münzen unterscheidender Aversstempel zur Anwendung kommen, wozu bereits Vorkehrungen getroffen sind.

Gestützt auf den gegenwärtigen Bericht hat der Bundesrath die Ehre, der h. Bundesversammlung nachstehenden Beschlußentwurf zu unterbreiten.

Genehmigen Sie, Tit., die Versicherung unserer vollkommensten Hochachtung.

Bern, den 23. November 1877.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,

Der Bundespräsident:

Dr. J. Heer.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schiess.

(Entwurf)

Bundesbeschluss

betreffend

Neuprägung von schweizerischen Zwanzig-, Zehn- und Fünfrappenstücken.

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrathes vom 23. November 1877 und in Anwendung des Art. 13 des Münzgesetzes vom 7. Mai 1850 und des Art. 9 des Gesetzes vom 30. Januar 1860,

beschließt:

Art. 1. Der Bundesrath ist beauftragt, sämtliche schweizerische Zwanzigrappenstücke in möglichst kurzer Frist aus dem Verkehr zurückzuziehen und durch neue zu ersetzen.

Art. 2. Der Einziehung und Ersetzung sind auch unterworfen:

- a. die schweiz. Fünfrappenstücke, welche nicht die Jahrszahl 1872, 1873, 1874, 1876 und 1877, und
- b. die schweiz. Zehnrappenstücke, welche nicht die Jahrszahl 1871, 1873, 1875 und 1876 tragen.

Art. 3. Die zu den in Art. 1 und 2 genannten Zwecken erforderlichen Kredite werden dem Bundesrathe nach Maßgabe des Bedürfnisses alljährlich im Budget angewiesen.

Art. 4. Dieser Beschluß wird als dringlich erklärt und tritt sofort in Kraft.

Der Bundesrath ist mit dessen Vollziehung beauftragt.

Botschaft

des

Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung, betreffend
Prägung von Silbermünzen.

(Vom 30. November 1877.)

Tit. I

Mit Bundesbeschluß vom 23. Dezember 1876 ist der Bundesrath eingeladen worden, über die Gesammtheit der vom 1. Januar 1878 an noch zu prägenden Silberscheidemünzen, sowie im Allgemeinen über das Recht der Schweiz zur Silberprägung Bericht und Antrag einzubringen.

Indem wir den uns aufgetragenen Bericht an die Bundesversammlung hiemit erstatten, gehen wir von der Voraussetzung aus, der zweite Theil des Postulats beziehe sich ausschließlich auf die Verhältnisse, welche die Ausprägung von Fünffrankenstücken betreffen, weil der erste Theil des Postulats die Silberscheidemünzen, somit alle Silbermünzsorten exclusive das Fünffrankenstück umfaßt.

Unter Hinweisung auf die grundlegenden Geseze vom 7. Mai 1850 (I. 305), 31. Januar 1860 (VI. 442) und die internationalen Münzverträge vom 23. Dezember 1865 (VIII. 825), 21. Dezember 1868 (IX. 530), 31. Januar 1874 (I. n. F., 97) und die hierauf bezüglichen Deklarationen vom 5. Februar 1875 (I. n. F., 797) und 3. Februar 1876 (II. n. F., 498) behandeln wir, der Reihenfolge des Postulats gemäß, vorerst die Frage der Silberscheidemünzen und dann diejenige der Fünffrankenstücke.

Botschaft des Bundesrathes an die hohe Bundesversammlung, betreffend Neuprägung von schweizerischen Zwanzig-, Zehn- und Fünfrappenstücken. (Vom 23. November 1877.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1877
Année	
Anno	
Band	4
Volume	
Volume	
Heft	55
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	15.12.1877
Date	
Data	
Seite	707-713
Page	
Pagina	
Ref. No	10 009 784

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.